

SEK-Auflösung Frankfurt: Besser Kriminelle als rechtslastige Polizisten?



Von WOLFGANG HÜBNER | Die überstürzte Auflösung des polizeilichen Spezialeinsatzkommandos (SEK) in der Kriminalitätshochburg Frankfurt am Main durch den hessischen Innenminister Peter Beuth wirft eine Menge Fragen auf. Die wichtigste Frage ist die aus der Perspektive der rechtstreuen Bürger, also der überwältigenden Mehrheit:

Wie werden wir in einer großen und bevölkerungsreichen Region jetzt vor Schwermriminalität geschützt? Und die zweite Frage lautet: Wie gut werden die oft gut organisierten Verbrecher diese chaotische Situation für ihre Zwecke nutzen? Für den bedrängten Minister und die Medien sind das aber keineswegs die entscheidenden Fragen. Ihnen geht es vorrangig darum, dass unter allen Umständen und zu jedem Preis alle „rechten“ Tendenzen in der SEK verfolgt und eliminiert werden.

Was ist geschehen? In der Frankfurter SEK soll es eine Chatgruppe geben, deren Kommunikation auf eine, wie es heißt, „abgestumpfte, diskriminierende Haltung und teils rechtsextreme Gesinnung“ schließen lasse. Da die Untersuchungen noch laufen, kann hier noch nicht beurteilt werden, wie zutreffend und schwerwiegend diese Vorwürfe sind. Da der CDU-Minister in einer schwarz-grünen Koalition aber schon seit längerer Zeit unter Dauerbeschuss aus dem linken Lager wegen angeblichem zu laschem Vorgehen gegen rechte

Tendenzen im Polizeiapparat steht, kann mit Sicherheit angenommen werden, dass Beuth nun die Flucht nach vorne angetreten hat, um wenigstens sich im Amt zu retten. Die Sicherheit der Bürger dürfte dabei keine Rolle gespielt haben.

Klar ist jedoch auch, dass sich die große Mehrheit der Bevölkerung nicht von der möglicherweise politisch sehr unkorrekten Gesinnung in einer Eliteeinheit der Polizei gefährdet sieht, sondern von dem kriminellen Treiben verbrecherischer Kreise. Gewiss sollte darauf geachtet werden, dass Beamte nicht ins Neonazimilieu abdriften. Ob das im konkreten Fall geschehen ist, muss aber erst noch nachgewiesen werden. Gerade Mitglieder von SEK-Einheiten sind oft genug mit kriminellen Strukturen konfrontiert, die sie an der Entwicklung im Staat ebenso zweifeln lassen wie am staatlichen Willen, diese Strukturen zu zerschlagen oder, besser noch, diese gar nicht entstehen oder tolerieren zu lassen. Wer an der Front steht, beurteilt die Situation nun einmal anders als in der Etappe.

Die lautstarken Kritiker in der Politik und in den linksgrün dominierten Medien stehen nicht an der Kriminalitätsfront. Diese harte, oft frustrierende Arbeit sollen andere tun, zum Beispiel die Beamten des Frankfurter SEK. Und selbstverständlich sollen sie das bitteschön politisch korrekt, kultursensibel und immer gewaltfrei tun. Das Problem ist nur, dass das Personal des SEK nicht von Waldorf-Schulen stammt oder seinen Nachwuchs aus der grünen Jugend, Jungsozialisten oder dem kommunistischen Nachwuchs der Linkspartei bezieht. Dieses Problem wird bleiben. Es sei denn, solche Einheiten wie das SEK werden abgeschafft. Dann gibt es zwar weniger Probleme für irgendwelche Minister, aber sehr viele für die Wähler solcher Minister.



Hübner auf der Buch-
messe 2017 in Frankfurt.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Wo
lf
ga
ng
Hü
bn
er
s
ch
re
ib
t
se
it
vi
el
en
Ja
hr
en
fü
r
di
es
en
Bl
og
,
vo

rn
eh
ml
ic
h
zu
de
n
Th
em
en
Li
nk
sf
as
ch
is
mu
s,
Is
la
mi
si
er
un
g
De
ut
sc
hl
an
ds
un
d
Me
in
un

gs
fr
ei
he
it
. *De*
r
la
ng
jä
hr
ig
e
St
ad
tv
er
or
dn
et
e
un
d
Fr
ak
ti
on
sv
or
si
tz
en
de
de
r
„B

ür
ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur
t“
(B
FF
)
le
gt
e
zu
m
En
de
de
s
Ok
to
be
rs
20
16
se
in
Ma
nd
at
im
Fr
an
kf

ur
te
r
Rö
me
r
ni
ed
er
. De
r
le
id
en
sc
ha
ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re
r
is
t
üb
er
s
ei
ne
Fa
ce
bo
ok

-
Se
it
e
er
re
ic
hb
ar
.